

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im Verlauf des Jahres 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zu drei Weltfinanzgipfeln im Rahmen der G20 getroffen. Mit der Krise an den internationalen Finanzmärkten ist das informelle Forum der G20 auf ein neues Bedeutungsniveau gehoben worden. In dieser Gruppierung sind die 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union, vertreten durch die EU-Ratspräsidentschaft, zusammengeführt. Damit stehen die G20 für rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, 80 Prozent des globalen Handels und zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Der Bedeutungszuwachs der G20 führt die Verschiebung globaler Machtverhältnisse vor Augen: Es gilt inzwischen als unbestritten, dass eine effektive, international koordinierte Krisenbewältigung im Rahmen der G8 nicht möglich gewesen wäre. Im Hinblick auf Dialog und Kooperation zwischen Industrie- und Schwellenländern kann das Forum der G20 hingegen ein hohes Maß an Repräsentativität für sich in Anspruch nehmen.

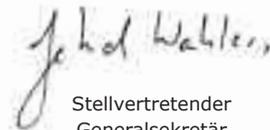
Dieser Dialog ist aufgrund der sich immer stärker verdichtenden und drängenden globalen Probleme unabdingbar geworden. Die Finanzmarktkrise hat sich zum einschneidenden Lehrstück entwickelt: Die unmittelbaren Auswirkungen, die dieses Ereignis auf die Staaten weltweit und auch in der Bevölkerung ganz individuell gezeitigt hat, haben die Komplexität der weltumspannenden Strukturen deutlich unter Beweis gestellt. Dabei gilt es, über die aktuelle Krise hinaus zu denken.



Auch mit dem Klimawandel stellt sich ein Problem globaler Dimension. Dessen Auswirkungen machen sich – im Gegensatz zur Finanz- und Wirtschaftskrise – bisher nur schleichend bemerkbar. Doch die drohenden Folgen einer fortschreitenden Erderwärmung sind ebenfalls von erheblicher Tragweite. Internationaler Konsens und wirkungsvolle Kooperation müssen dazu auf globaler Ebene erreicht werden.

Die wachsende Notwendigkeit einer Global Governance hat den Einfluss von informellen Foren und Gremien wie demjenigen der G20, der G8, der G5, BRIC und ähnlichen Gruppierungen in den vergangenen Jahren erheblich wachsen lassen. Sie ermöglichen schnelle und effektive Abstimmung der Staaten untereinander und ebnen den Weg zu wirksamer Zusammenarbeit in offiziellen Strukturen. Deutschland hat sich in diesen Foren sehr stark engagiert: Die G20 wurden 1999 unter der deutschen G7-Präsidentschaft als Antwort auf die Finanzkrisen Ende der neunziger Jahre ins Leben gerufen. Die G8-Präsidentschaft Deutschlands 2007 initiierte den „Heiligendamm-Prozess“ als Dialogformat zwischen den G8-Staaten und der G5 Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien und China. Dieser Prozess wird – komplementär zum G20-Mechanismus – in Zukunft fortgeführt werden.

Deutschland möchte den Rahmen der G20-Gipfel auch weiterhin nutzen, unter anderem um mit dem Vorschlag einer „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ inhaltlich Akzente im Sinne einer langfristigen Lösung der an den Finanzmärkten aufgetretenen Steuerungs- und Kontrolldefizite zu setzen. Dieses Verständnis von nachhaltigem Wirtschaften beruft sich auf die ordnungspolitischen Grundlagen, auf denen auch die Soziale Marktwirtschaft fußt: Der Mensch steht im Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses. Somit ist dieser Prozess in das politische und gesellschaftliche Geschehen eingebettet. Dem muss auch eine nachhaltige Politik auf internationaler Ebene Rechnung tragen.



Jochen Wahlen

Stellvertretender
Generalsekretär